



Herrn Oberbürgermeister Beck  
Frau Bürgermeisterin Heike Ollech  
Frau Bürgermeisterin Claudette Kölzow  
Herren Bürgermeister im Landkreis

Tuttlingen, 30. Oktober 2019

## Kreisumlage Hebesatz 2020

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,  
sehr geehrte Damen und Herren,

wir haben den Haushaltsentwurf 2020 am 30. Oktober 2019 in den Kreistag eingebracht. Der Entwurf wird in den nächsten Wochen in den Ausschüssen des Kreistages beraten, die Verabschiedung des Haushalts ist in der Sitzung am 12. Dezember 2019 vorgesehen. Über wesentliche Eckpunkte habe ich in der Kreisverbandsversammlung der Bürgermeister am 29. Oktober 2019 bereits informiert. Ich möchte Ihnen darüber hinaus auch auf diesem Wege nochmals einen Überblick über die voraussichtlichen Entwicklungen des Haushalts und den Vorschlag zur Kreisumlage geben und dabei wie gewohnt auch auf die Schwerpunkte unserer Arbeit eingehen.

### 1. Klinikum Landkreis Tuttlingen

Im Mittelpunkt der kommunalpolitischen Diskussionen der letzten Wochen und Monate stand die Frage der Zusammenführung der akutstationären Angebote am Standort Tuttlingen und die Weiterentwicklung des Gesundheitszentrums Spaichingen mit einem starken ambulanten Schwerpunkt. Über die Ergebnisse des dazu eingeholten Gutachtens haben wir Sie alle informiert. Der Kreistag hat

vor wenigen Tagen am 24. Oktober 2019 bei zwei Gegenstimmen und einer Enthaltung beschlossen, in einem ersten Schritt die beiden Abteilungen der Inneren Medizin und der Altersmedizin von Spaichingen nach Tuttlingen zu verlagern. Die beiden kleineren Abteilungen der konservativen Orthopädie und der plastischen Chirurgie sollen bis auf weiteres in Spaichingen verbleiben, bis das vom Kreistag gewünschte Intersektorale Gesundheitszentrum (vereinfacht ausgedrückt verschiedene haus- und fachärztliche niedergelassene Praxen ergänzt um eine bettenführende Einheit für einfach gelagerte und vorwiegend pflegerisch betreute Behandlungsfälle) und weitere Angebote realisiert sind. Das Gutachten hat klar und eindrücklich aufgezeigt, dass wir zum einen im Interesse der dauerhaften Sicherung der stationären Versorgung diese Zusammenführung vornehmen sollten. Deutlich wurde darin auch, dass diese Zusammenführung auf Dauer erhebliche wirtschaftliche Vorteile mit sich bringen würde als die Fortführung des heutigen Betriebs am Standort Spaichingen.

Mit der Zusammenführung der stationären Abteilungen wird am Standort Tuttlingen der Bau eines weiteren neuen Bettenhauses E notwendig, dem der Kreistag am 24. Oktober 2019 ebenfalls zugestimmt hat. Die Planungen werden zeitnah anlaufen, die Realisierung wird frühestens 2024 erwartet. Nach einer ersten Kostenprognose der Architekten rechnen wir mit einem Aufwand von rund 24 Mio. EUR und einer Förderung des Landes von rund 50 %. Die aus der Investition resultierende jährliche Belastung wird mit rund 500.000 EUR geschätzt, ist aber deutlich niedriger als die heutigen Verluste des Standorts Spaichingen. Darüber hinaus stehen unabhängig von der beschlossenen Verlagerung weitere Investitionen im Bereich der OP-Säle und der Intensivstation an.

Seit der Gründung der Klinik GmbH müssen diese Investitionen von dieser selbst finanziert werden. Der Kreis übernimmt lediglich über den Verlustausgleich diejenigen Aufwendungen, die aus dem operativen Ergebnis heraus nicht erwirtschaftet werden können. Gleichzeitig müssen wir für eine ausreichende Eigenkapitalausstattung der Klinik sorgen. Der Haushalt 2020 enthält über den Verlustausgleich von 1 Mio. EUR deshalb auch eine Eigenkapitalzuführung von 1 Mio. EUR.

Außerdem belasten erstmalig auch die Abschreibungen für die Klinikgebäude in Höhe von 1,3 Mio. EUR den Haushalt. In der Kameralistik waren sie bisher neutralisiert. In der Doppik müssen sie erwirtschaftet werden.

## 2. Öffentlicher Personennahverkehr

Aus der Neuausschreibung der Buslinienverkehre sind erfreulicherweise die heimischen Unternehmer als günstigste Bieter hervorgegangen. Das Ausschreibungsergebnis mit rund 13,4 Mio. EUR liegt aber deutlich über den bisherigen Kosten. Dies liegt zum einen an Qualitätsverbesserungen wie zum Beispiel ein neuer integrierter Taktfahrplan, also ein eng auf Zugleistungen abgestimmter Fahrplan mit getakteten Fahrzeiten und verlässlichen Anschlüssen, einem neuen und barrierefreien Busmaterial, einer einheitlich gestalteten Fahrzeugflotte und auch an Echtzeitinformationen für die Fahrgäste. Darüber hinaus sieht der neue ab dem 1. März 2020 geltende Nahverkehrsplan, zu dem alle Gemeinden angehört wurden und der vom Kreistag einstimmig beschlossen wurde, auch Mehrleistungen von rund 450.000 Buskilometer vor, die flächendeckend dem ganzen Landkreis durch eine Verbesserung des Angebots zugutekommen. Diese Verbesserungen haben allerdings ihren Preis. Gegenüber den bisherigen Kosten müssen wir künftig jährlich mit höheren Aufwendungen von rund 3,8 Mio. EUR rechnen. Zusammen mit anderen Kostensteigerungen im Bereich des ÖPNV kommen wir auf Mehrkosten von rund 4,2 Mio. EUR, die im Haushalt 2020 erstmalig – und künftig dann auch dauerhaft – in voller Höhe zusätzlich zu finanzieren sind. Dies sind allein rund 1,75 %-Punkte im Hebesatz der Kreisumlage.

Hinweisen möchte ich an dieser Stelle auch, dass wir im Bereich des ÖPNVs vor großen Investitionen in der Infrastruktur stehen. Dreh- und Angelpunkt im ÖPNV ist der Ringzug. Die bisher eingesetzten Regio-Shuttle werden bis zum Jahr 2024 ihr wirtschaftliches Nutzungsende erreicht haben. In einer mit dem Land abgestimmten und teilweise auch mitfinanzierten Machbarkeitsstudie haben wir uns deshalb mit dem weiteren Ausbau des Ringzugs befasst. Zielsetzung dabei ist die Elektrifizierung der Streckenabschnitte Trossingen Staatsbahnhof-Trossingen

Stadt, Tuttlingen-Immendingen und Tuttlingen-Fridingen sowie der Bau eines Kreuzungsbahnhofes mit dem Standort Tuttlingen-Schmelze. Darüber hinaus werden aktuell in einer Potenzialanalyse weitere zusätzliche Haltepunkte geprüft.

Die Studie geht bisher von Investitionskosten in Höhe von rund 33 Mio. EUR aus, die der Landkreis in den kommenden Jahren aufzubringen hat. Wir rechnen hier mit Zuschüssen des Bundes und des Landes, müssen aber auch von einem Eigenanteil von rund 40 % ausgehen. Auch wenn sich die Maßnahmen über einen längeren Zeitraum verteilen werden ist dies doch eine Aufgabe, die uns in den nächsten Jahren fordern wird.

### 3. Flüchtlingskosten

Die Situation im Bereich der Zugänge hat sich in den letzten Monaten entspannt. Die aktuellen Zugangszahlen bewegen sich zwischen 12 und 18 pro Monat. Wir haben darauf reagiert und haben zwischenzeitlich rund 30 Unterkünfte abgebaut oder für Anschlussunterbringung umgewandelt. Im gleichen Zuge haben wir auch das Personal zurückgefahren und auch die Zahl der Sozialarbeiter entsprechend reduziert.

Die Integration bleibt eine Daueraufgabe im Alltag, die nicht nur die Hauptamtlichen, sondern auch die Ehrenamtlichen in den Kreisgemeinden fordert. Deshalb an dieser Stelle noch einmal ein ganz herzliches Dankeschön für Ihr großes Engagement in diesem Bereich. Erfreulich ist, dass das Land den Pakt für Integration nochmals um ein weiteres Jahr verlängert hat. Damit ist die Finanzierung der Integrationsmanager in diesem Zeitraum gesichert.

Allerdings wird diese Freude getrübt durch die anhaltende Weigerung des Landes, die Kosten für geduldete Asylbewerber in vollem Umfang zu übernehmen. Zudem beabsichtigt das Land, die bisherige Zusage der Spitzabrechnung für die Unterbringungs- und Gesundheitskosten perspektivisch aufzugeben und wieder zur früheren Pauschale zurückzukehren.

Im Haushaltsplan haben wir unterstellt, dass wir auch für die geduldeten Flüchtlinge einen Kostenausgleich von 1,5 Mio. EUR erhalten. Dies birgt ein Risiko, auf das ich an dieser Stelle hinweisen möchte.

#### 4. Sozialetat

Der Sozialtat bleibt der wesentliche Faktor bei den Aufwendungen des Landkreises. Mit mittlerweile 72 Mio. EUR erreicht er erneut einen Rekordwert. Er ist geprägt von der demokratischen Entwicklung wie zum Beispiel der höheren Anzahl pflegebedürftiger Personen oder der stetig steigende Aufwand für Leistungen in der Eingliederungshilfe. Fast jeder 5. Einwohner steht in irgendeiner Form mit unseren sozialen Angeboten in Kontakt.

Eine besondere Herausforderung stellt das vom Bund beschlossene Bundesteilhabegesetz dar, das bereits zum 1.1.2018 in Kraft getreten ist und jetzt erstmals im Jahr 2020 voll durchschlägt. Umso bedenklicher ist, dass sich das Land auch hier einer angemessenen Kostenerstattung bisher verweigert, was im Ergebnis auch zum Scheitern der Finanzverhandlungen zwischen den kommunalen Landesverbänden und dem Land geführt hat. Im Haushalt haben wir eine vollständige Konnexität des Bundes und des Landes unterstellt und die von uns angesetzten Mehraufwendungen von 1,5 Mio. EUR für das BTHG kostenneutral veranschlagt. Allein für die Sachbearbeitung sind fünf neue Personalstellen erforderlich. Auch diese Position stellt ein Risiko dar. In der Summe enthält der Haushalt somit Einnahmeansätze von 3 Mio. EUR, die noch mit dem Land ausverhandelt werden müssen und von denen noch nicht klar ist, ob sie tatsächlich in voller Höhe eingehen werden.

#### 5. Investitionen

Das kommende Haushaltsjahr wird noch einmal geprägt vom Erweiterungsbau des Landratsamtes. Wir haben mittlerweile 94 % der Gewerke vergeben und damit auch eine sehr verlässliche Kostenbasis erreicht. Trotz der hohen Auslastung

der Handwerksbetriebe haben wir durchweg gute Ausschreibungsergebnisse erzielt und liegen mit den bisherigen Submissionsergebnissen in der Summe noch unter den Baupreissteigerungen der letzten Jahre. Im kommenden Jahr rechnen wir mit einem Mittelabfluss von rund 12 Mio. EUR, die wir im Investitionsprogramm des Haushaltsentwurfs aufgenommen haben. Wir sind im Zeitplan und rechnen fest damit, dass wir das Gebäude rechtzeitig winterfest bekommen werden. Die Fertigstellung und der Bezug des Erweiterungsbaus sollen im ersten Halbjahr 2021 erfolgen.

Der Haushaltsplan enthält darüber hinaus Ansätze für den Bau der neuen Donaubrücke in Geisingen, der aufgrund des maroden Zustands der alten Brücke kurzfristig notwendig wurde. Ebenfalls eingestellt haben wir Ansätze für den Neubau einer Umschlaghalle auf der Deponie in Talheim, die Voraussetzung für die weitere Verfüllung der bestehenden Deponie ist. Im Zusammenhang mit dem Erweiterungsbau des Landratsamtes steht zudem auch die Neugestaltung des Innenhofs an, für die wir schon seit längerer Zeit anstehende Sanierungs- und Unterhaltungsarbeiten noch geschoben haben. Ebenfalls eine neue Baumaßnahme ist die Erweiterung des Sprachheilschulkindergartens in Balgheim, in den wir die jetzige Außenstelle in Tuttlingen in der Zeppelinstraße verlagern wollen.

## 6. Kreisumlage

Die Steuerkraft unserer Kreisgemeinden ist im Jahr 2018 als Basis der Kreisumlage 2020 überdurchschnittlich um 12,83 % gestiegen. Bei gleichem Hebesatz führt dies zu Mehreinnahmen von rund 8,8 Mio. EUR. Auf den ersten Blick läge es nahe, zumindest einen Teil dieser Mehreinnahmen auch zur Entlastung der Gemeinden weiterzugeben.

Dem steht allerdings die Summe der oben angeführten Belastungen, die nicht einmalig, sondern größtenteils künftig dauerhaft unseren Haushalt belasten werden, entgegen. Die Mehreinnahme aus der Kreisumlage wird bereits mit der Kostensteigerung bei den Busverkehren, der erstmaligen Übernahme von Abschrei-

bungen für die Klinikgebäude und auch durch die deutlichen Kürzungen im Finanzausgleich aufgrund der höheren Steuerkraft vollständig aufgezehrt. Den darüber hinaus gestiegenen Aufwand im Sozialetat und den auch aufgrund der hohen Tarifabschlüsse deutlich gestiegenen Personalaufwand müssen wir anderweitig auffangen. Auf die mit den Ansätzen für die Flüchtlingskosten und das BTHG verbundenen Risiken habe ich bereits hingewiesen. Insofern schließen wir auch weitere Verschlechterungen im Rahmen der Haushaltsplanberatungen nicht aus. Insbesondere haben wir die Sorge, dass die Novembersteuerschätzung anders als in den Vorjahren keine Verbesserungen bringen wird.

Ich bitte Sie deshalb um Verständnis dafür, dass wir im Haushaltsentwurf den Hebesatz der Kreisumlage unverändert mit 32,0 %-Punkten belassen haben.

Nicht unerwähnt lassen möchte ich dabei, dass wir aus den vorläufigen Rechnungsabschlüssen der Jahre 2018/2019 Überschüsse in Höhe von zusammen rund 7 – 8 Mio. EUR erwarten. Diese Überschüsse sind in der momentanen Liquidität des Landkreises enthalten. Aufgrund der umfangreichen Investitionstätigkeit wird diese Liquidität bis zum Jahresende 2020 weitestgehend aufgebraucht sein, sodass wir spätestens im Jahr 2021 unsere Investitionen auch wieder über externe Darlehen finanzieren werden.

Der Schuldenstand des Landkreises wird durch die Tilgungsleistungen bis Ende 2020 auf 29 Mio. EUR sinken. Der Schuldenabbau der letzten Jahre hat uns somit einen Spielraum verschafft, den wir aber bei den im Finanzplanungszeitraum bis 2024 anstehenden Investitionen von rund 50 – 60 Mio. EUR aber auch brauchen, um für die Zukunft handlungsfähig zu bleiben.

Wer sich vertieft mit unserem Kreishaushalt beschäftigen möchte, den darf ich auf unseren Vorbericht verweisen, den Sie auf der Homepage des Landkreises herunterladen können. Dort sind die Aufgaben und Zahlen des Jahres 2020 noch näher aufgeschlüsselt.

Ich danke Ihnen für Ihre Unterstützung, Ihr Verständnis und Ihre Solidarität in den vergangenen Jahren und vor allem auch das Vertrauen in die Arbeit der Landkreisverwaltung. Ich bin überzeugt, dass wir davon auch 2020 gemeinsam profitieren werden.

Freundliche Grüße



Stefan Bär

Den Damen und Herren Kreisräte zur Kenntnis.